

KÖLNER AUFRUF

Gemeinsame Aktion von Städten, Gemeinden und nichtstaatlichen Organisationen für eine Nord-Süd-Entwicklungszusammenarbeit

"Von der Wohltätigkeit zur Gerechtigkeit"

Dieser Aufruf ist an kommunale Behörden, an nichtstaatliche Organisationen und Nord-Süd-Initiativen in ganz Europa gerichtet

(Verabschiedet während der Ersten Europäischen Konferenz über Städte und Entwicklung am 19. September 1985 in Köln von Vertretern nichtstaatlicher Organisationen und Gemeindevertretern aus 47 Städten in neun europäischen Ländern)

Praambel

Die gegenwärtigen Nord-Süd-Beziehungen sind gekennzeichnet durch:

- eine wachsende Ungleichheit bei der Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse;
 - das Fehlen eines sinnvollen Nord-Süd-Dialogs;
 - die Unfähigkeit der bestehenden Ordnungen, mit Ausmaß und Dringlichkeit einer Situation fertig zu werden, die zu Hunger, Not und Elend, zu Bevölkerungsproblemen und Umweltzerstörung führt;
 - Armut als Folge der bestehenden Weltwirtschaftsordnung;
 - den Verlust von Würde und Leben von Millionen von Menschen.
- Daher muß der Suche nach überfälligen und dauerhaften Lösungen der genannten Probleme eine höhere politische Priorität eingeräumt werden, nicht nur aus moralischen Gründen, sondern auch aus internationaler Solidarität sowie aus dem gemeinsamen Interesse an einer künftigen Friedenssicherung. Die Teilnehmer der Konferenz sind sich bewußt, daß ohne einen strukturellen Wandel auf vielen Gebieten der Nord-Süd-Beziehungen die unerträgliche Situation noch verschlimmert wird. Wir bestätigen darüber hinaus, daß Hilfsmaßnahmen zwar für die unter der weltweiten Ungerechtigkeit Leidenden begrüßenswert und notwendig sind, daß Hilfe allein aber nicht genügt, um eine echte Lösung herbeizuführen. Nur allzu oft werden Hilfsmaßnahmen als Alibi benutzt, um damit das Gewissen des Nordens zu beschwichtigen. Nichtsdestoweniger müssen Quantität und Qualität der Hilfe erhöht werden. Doch Geld allein ist nicht genug. Der notwendige Wandel erfordert die aktive Teilnahme der Menschen sowohl im Süden als auch im Norden, die voneinander lernen müssen.

Die Teilnehmer der Konferenz weisen ferner darauf hin, daß die Wechselwirkung zwischen den Problemen der Umwelt, der Entwicklung und der Abrüstung bei jeder Analyse der Nord-Süd-Beziehungen berücksichtigt werden müssen.

Deshalb begrüßen die Konferenzteilnehmer die Empfehlungen der Florenzer Konferenz über Städte und Entwicklungszusammenarbeit vom Oktober 1983, in denen die örtlichen Behörden dazu aufgerufen und ermutigt wurden, lokale Nord-Süd-Aktivitäten gemeinsam mit nichtstaatlichen Organisationen anzuregen und zu unterstützen. Dieser Prozeß der Dezentralisierung wird als Ausgangspunkt und Herausforderung dafür betrachtet, das öffentliche Bewußtsein und Verständnis der Nord-Süd-Probleme (einschließlich der Probleme im Norden) zu schärfen und soll, über den Gedanken der Hilfeleistung hinaus, Menschen für partnerschaftliche Aktionen mobilisieren.

Auf diesem neuen Weg der Dezentralisierung der Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd, der Kooperation zwischen nichtstaatlichen Organisationen und Städten in den Mittelpunkt stellt, spielen auch die ländlichen Gemeinden, im Norden wie im Süden, im Ablauf der Entwicklung und im Prozeß des sozialen Wandels eine wichtige Rolle. Die nichtstaatlichen Organisationen sind sich durchaus darüber im klaren, daß dies lediglich eine Ergänzung von und kein Ersatz für Regierungsmaßnahmen ist, sowohl auf der nationalen wie auch auf der internationalen Ebene.

Angesichts dieser Überlegungen fordern die Teilnehmer der Konferenz, die in der Entwicklungsarbeit engagierten Gruppen und

lokalen Behörden auf, gemeinsame Aktionen der Nord-Süd-Zusammenarbeit einzuleiten und aufrechtzuerhalten, insbesondere solche, die sich auf Gerechtigkeit anstatt auf Wohltätigkeit gründen.

Ziele

Solche gemeinsamen Aktionen können vielfältig sein und sich unter anderem in folgenden Bereichen vollziehen:

- Zur **Informationsarbeit** gehören entsprechende Materialien, Veranstaltungen, Kurse usw., die darauf abzielen, das öffentliche Bewußtsein für Nord-Süd-Fragen zu stärken. Insbesondere sollte die Einrichtung lokaler und regionaler Informations-, Dokumentations- und Dienstleistungszentren gefördert werden, um Einzelpersonen und Gruppen Gelegenheit zu geben, mehr über die sich entwickelnde Welt zu erfahren;
- **Bildungsarbeit** umfaßt formales und nichtformales Lernen und soll neben einem kritischen Verständnis entwicklungsbezogene Initiativen hervorbringen. Eine Schulung in Entwicklungsfragen im Norden ist wichtig für Entscheidungen von weltweiter Bedeutung;
- An **partnerschaftlichen Aktivitäten** können alle Bereiche örtlicher Gemeinwesen beteiligt werden, indem sie Kontakte und Partnerschaft mit Städten oder mit ländlichen Gebieten des Südens von Gemeinwesen zu Gemeinwesen schaffen. Ein derart verstärktes gegenseitiges Verständnis führt zu kooperativen Unternehmungen, zu denen auch eine Zusammenarbeit zwischen Stadtgemeinden gehört, die sich auf informierte und realistische Einschätzung der gesellschaftlichen Umwelt des jeweiligen Partners stützt;
- **Werbekampagnen** setzen sich für notwendige Änderungen der politischen Verfahrensweisen ein, um eine größere Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen auf Gebieten wie Handel, Finanzen, natürliche Ressourcen, Zugang zu Technologien zu erzielen und um den Entwicklungsändern das Recht zu sichern, ihre gesellschaftliche Umwelt aufzubauen. Werbefeldzüge müssen auch die Notwendigkeit eines strukturellen Wandels in der internationalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herausstreichen, mit all den unvermeidlichen Folgen für unsere eigene Gesellschaft.
- Die **Planung und Durchführung von Projekten** sollte nach klar definierten Kriterien erfolgen, unter voller Mitwirkung der nichtstaatlichen Organisationen und der örtlichen Gemeinwesen sowohl des Nordens als auch des Südens. Lokale Behörden im Norden, die Entwicklungsprojekte oder Partnerschaften unterstützen wollen, werden dazu ermutigt, sich von erfahrenen staatlichen Organisationen und örtlichen Partnerschaftsausschüssen beraten und unterstützen zu lassen.

Verfahren

- **Prüfung.** Stadtverwaltungen und nichtstaatlichen Organisationen wird nahegelegt, sich über die in ihren Gemeinden bestehenden Nord-Süd-Verbindungen - politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, kultureller oder bildungsmäßiger Art - zu

"Von der Wohltätigkeit zur Gerechtigkeit"

informieren und die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer Erweiterung dieser Verbindung zu prüfen.

- **Verfahrensplanung.** Gemeinsame Nord-Süd-Aktivitäten von Gemeinden und nichtstaatlichen Organisationen können auf einer Verfahrensregelung basieren, die vom Rat der Stadt gemeinsam formuliert und verabschiedet wurde, um so die öffentliche Diskussion anzuregen. Vor der Formulierung derartiger Verfahrenspläne können vorbereitende kooperative Aktionen durchgeführt werden.
- **Das Anknüpfen partnerschaftlicher Verbindungen.** Wirkungsvolle Nord-Süd-Verbindungen setzen eine uneingeschränkte Beteiligung aller Bereiche im Gemeinwesen voraus, wie Schulen, politische Parteien, Frauengruppen, Jugend-, Kirchen-, Berufs- und Arbeitgeberorganisationen sowie den Medien. Bei einer wirksamen Zusammenarbeit zweier Städte ist die Beteiligung von Gemeindeverwaltung und nichtstaatlichen Organisationen unerlässlich.
- **Minderheiten.** Gemeinsame Aktionen auf diesem Gebiet sollten auch die Probleme und Beiträge fremder Minderheiten, die in unserer Gesellschaft leben, berücksichtigen und sich mit ihnen befassen. Die Notwendigkeit von entwicklungsbezogener Bildung und Entwicklungsmaßnahmen steht in einem direkten Zusammenhang mit Bemühungen, Diskriminierung, Rassismus und Armut in den Industrieländern zu bekämpfen.
- **Finanzierungen.** Hauptziel dieser Städte- und Gemeindekooperationen ist zwar nicht die Finanzierung der gemeinsamen Nord-Süd-Zusammenarbeit, jedoch sollten Mindestetats beraten und eingerichtet werden, sowohl für Information und Aufklärung über Fragen der Entwicklung als auch für die Durchführung von Entwicklungsprojekten. Bei der vorherrschenden Tendenz einer zunehmenden Kommerzialisierung von Hilfsmaßnahmen und angesichts der häufig zu beobachtenden Neigung, Entwicklungshilfe einzufrieren oder zu reduzieren, besonders in den ärmsten Ländern, ist es möglich, daß Projekte nichtstaatlicher Organisationen bereits im Ansatz blockiert werden. Es sind weitere Untersuchungen nötig, um die wirksamsten Formen von örtlichen, regionalen, nationalen europäischen Ko-Finanzierungsplänen herauszufinden.
- **Richtlinien für Projekte.** Viele im Norden ansässige nichtstaatliche Organisationen haben gemeinsam mit ihren Partnern im Süden wichtige Kriterien für die Unterstützung von Entwicklungsprojekten erarbeitet, die sich etwa auf folgende wesentliche Grundsätze stützen:
 - Gleichheit, Gegenseitigkeit, keine "väterliche Fürsorge"
 - Einleitung und Genehmigung ist Sache von Partnergemeinden
 - Hauptaugenmerk ist auf die Ärmsten in den Entwicklungsändern und die ärmsten Länder zu richten
 - Anerkennung der Rolle der Frau im Entwicklungsprozeß und Sicherstellung, daß die Projekte den Status der Frau begünstigen und heben.
 - Auswirkungen der Projekte auf die Umwelt im voraus in Betracht ziehen
 - Integrierung der Projekte in den Gesamtentwicklungsplan der Partnergemeinde
 - Einrichtung und Unterhaltung einer Nachrichtenverbindung
 - Kulturelle Vielfalt in der Partnergemeinde ist zu respektieren und zu bewahren
 - Eine gemeinsame Auswertung der Entwicklungszusammenarbeit ist unerlässlich.

Mitglieder des Europäischen Konsortiums:

Gunther Hilliges (Sprecher) **terre des hommes**, in der Poggenkuhle 37, 2800 Bremen 33, West-Deutschland (Tel.: 0421/27 32 20)
Peter Slits **IULA**, 41, Wassenaarweg, 2596 CG Den Haag, Niederlande (Tel.: 0031/70/24 40 32)
Paul van Tongeren **NCO**, Postbus 186, 1000 AD Amsterdam, Niederlande (Tel.: 0031/20/24 84 87)
Jos Lemmers **ICDA, (Sekretariat)** Rue des Bollandistes 22, 1040 Brüssel, Belgien (Tel.: 0032/2/734 23 32)

Die Partnerschaft

Gemeinsame Nord-Süd-Aktivitäten von Städten, Gemeinden und nichtstaatlichen Organisationen erfordern keine echte Partnerschaft, um den kompetenten und verantwortlichen Einsatz der Mittel zu sichern.

Daher wird empfohlen, daß sich die nichtstaatlichen Organisationen auf örtlicher Ebene zusammenschließen und Diskussionsforen und Netzwerke gründen. Sie sollten entsprechende Mittel für die Koordinierung ihrer Aktivitäten und eine wirksamere Darstellung ihrer gemeinsamen Ideen bereitstellen. In ähnlicher Weise sollten die kommunalen Behörden diese Fragen auch in ihren regionalen oder nationalen Körperschaften zur Sprache bringen und fördern.

Die Diskussionsforen sollten auf möglichst breiter Basis Gruppen und Initiativen umfassen, die sich mit Fragen des Friedens, der Wirtschaft und der Umwelt befassen. Ein solches Forum kann Diskussionen mit örtlichen beratenden Gremien und regionalen Körperschaften anregen.

Wo immer möglich, sollten kommunale Behörden Mitbürger ernennen, die sich verantwortlich mit Nord-Süd-Fragen befassen, sowie als Ansprechpartner von nichtstaatlichen Organisationen gemeinsame Aktionen durchführen.

In einigen Ländern besteht die Notwendigkeit, auf nationaler Ebene eine Zentralstelle zur Information, Koordination und Förderung gemeinsamer Nord-Süd-Aktivitäten einzurichten.

Nachfolgeaktivitäten

Dieser Aufruf ist an kommunale Behörden, nichtstaatliche Organisationen und Initiativen in ganz Europa gerichtet und soll gemeinsame Nord-Süd-Aktivitäten fördern. Die Ergebnisse der Konferenz können als Grundlage dienen, wenn nichtstaatliche Organisationen an lokale Behörden herantreten und auf gemeinsame Initiativen drängen, wie zum Beispiel die partnerschaftliche Verbindung zwischen zwei Gemeinden im Sinne der Nord-Süd-Kooperation.

Die Konferenzteilnehmer bitten die Veranstalter der Kölner Konferenz, den nichtstaatlichen Organisationen und kommunalen Behörden bei der Umsetzung des Kölner Aufrufs behilflich zu sein; doch die Initiative dazu muß von der örtlichen Ebene kommen. Insbesondere sollten die örtlichen Organisationen mit Vorschlägen für gemeinsames Handeln an die Gemeinden herantreten.

Die Europäische Gemeinschaft und der Europa-Rat sollten ermutigt werden, diese Bemühungen zu unterstützen.

Die Teilnehmer der Konferenz weisen nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, die Auswirkungen dieser Zusammenarbeit mit den Partnern in allen Phasen ausführlich zu erörtern. Die Konferenzteilnehmer sind sich darüber im klaren, daß es letztlich Menschen sein werden, die zusammen arbeiten und den Wandel zu einer tragbaren Entwicklung und einer gerechten menschlichen Gesellschaft fordern und verwirklichen werden. Sämtliche Bemühungen werden scheitern, wenn sich nicht die Leistungsfähigkeit und Mitarbeit des Individuums einbeziehen.

Jane Knight **OXFAM**, 231 High St., Erdington, Birmingham, B23 6SS. Großbritannien (Tel.: 021 384 2384)

Bernd Dreesmann, **Deutsche Welthungerhilfe**, Adenauerallee 134, 5300 Bonn 1, West-Deutschland (Tel.: 0228/22 88 0)

Eine Studie mit Fallbeispielen lokaler Entwicklungszusammenarbeit europäischer Städte und Gemeinden sowie der ausführliche Kölner Konferenzbericht mit Redebeiträgen und den Berichten der Arbeitsgruppen kann von den Veranstaltern bezogen werden.